

> GEOÖKONOMIE UND BAUWIRTSCHAFT

Strategische Handlungsfelder
für die Bauwirtschaft in einem
globalen Spannungsfeld

WHITE PAPER
Januar 2026



Inhalt

Management Summary	3
1. Einleitung – Zielsetzung und Kontext	4
2. Volkswirtschaftliche Auswirkungen geoökonomischer Spannungen	6
3. Geoökonomische Herausforderungen für die Bauwirtschaft	7
4. Strategische Handlungsfelder für eine resiliente Bauwirtschaft	9
5. Besondere Herausforderungen für die ostdeutsche Bauindustrie	11
6. Handlungsempfehlungen	12
7. Ausblick: Resilienz als Zukunftsstrategie	13

Management Summary

Aktuelle **geoökonomische Ereignisse** – wie der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, massive Preissteigerungen auf den Energiemärkten oder die protektionistische Zollpolitik der USA – zeigen, wie stark wirtschaftliche Maßnahmen als strategische Instrumente genutzt werden. Diese Entwicklungen haben tiefgreifende Auswirkungen auf international vernetzte bzw. von globalen Märkten abhängige Branchen wie die Bauwirtschaft.

Die Bauwirtschaft steht zunehmend unter dem Einfluss geoökonomischer Spannungen, die sich aus der Rückkehr staatlich gesteuerter Industriepolitik, geopolitischer Rivalitäten und einer verstärkten Nutzung wirtschaftlicher Instrumente zu politischen Zwecken ergeben. Dieses White Paper analysiert zentrale Herausforderungen für die Branche und identifiziert politische und wirtschaftliche Handlungsoptionen, um ihre Resilienz zu stärken.

- **Rohstoff- und Lieferkettenabhängigkeit:** Globale Handelskonflikte und Versorgungsengpässe haben die Verwundbarkeit international vernetzter Lieferketten verdeutlicht. Für die Bauindustrie sind vor allem strategische Rohstoffe wie Kies, Sand, Kalk, Zement und Bitumen betroffen.
- **Energiepolitische Risiken:** Die Bau- und Baustoffwirtschaft ist stark von Energiepreisen und -verfügbarkeit abhängig. Die Transformation hin zu Dekarbonisierung und klimaneutralen Produktionsprozessen erfordert erhebliche Investitionen und stabile politische Rahmenbedingungen.
- **Politisch motivierte Marktverzerrungen:** Exportkontrollen, Investitionsbeschränkungen oder Subventionen beeinflussen zunehmend internationale Wettbewerbsbedingungen und strategische Standortentscheidungen.
- **Systemische Relevanz der Bauindustrie:** Als Bereitstellerin gesellschaftlicher Grundversorgung (für Wohnen, Infrastruktur, Energie, Verteidigung etc.) ist die Bauwirtschaft besonders exponiert gegenüber politischen und wirtschaftlichen Disruptionen.
- **Cybersicherheit:** Angesichts der anhaltenden globalen Spannungen und der zunehmenden Digitalisierung, ergibt sich ein erhöhtes Risiko von geoökonomisch motivierten Cyberangriffen auf Unternehmen und (digitale) Infrastrukturen. Für Unternehmen und den Staat gilt es, sich gegen diese Risiken abzusichern.
- **Empfehlungen:** Notwendig sind unter anderem eine stärkere Diversifizierung von Bezugsquellen, ein gezielter Ausbau der Kreislaufwirtschaft, eine ordnungspolitisch abgesicherte Standortstrategie, Maßnahmen zur Cybersicherheit sowie eine effiziente, digitale und serviceorientierte Verwaltung.

1. Einleitung – Zielsetzung und Kontext

Die **geoökonomischen Herausforderungen**, mit denen sich die Bauwirtschaft konfrontiert sieht, lassen sich exemplarisch an mehreren aktuellen Ereignissen illustrieren: Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat nicht nur Energiepreise auf dem europäischen Markt massiv steigen lassen, sondern auch den Zugang zu für die Branche strategisch wichtigen Rohstoffen wie Bitumen oder Baustahl erschwert. Zugleich haben die umfangreichen wirtschaftlichen Sanktionen westlicher Staaten sowie russische Gegensanktionen bestehende Lieferketten empfindlich gestört.

Ein weiteres Beispiel ist die US-amerikanische Zollpolitik unter Präsident Trump und ihre möglichen Fortsetzungen. Die Einführung umfassender Importzölle auf Stahl, Aluminium und andere Baustoffe hatte direkte Auswirkungen auf globale Marktpreise und Handelsströme.

Geopolitik und Geoökonomie überschneiden sich und beeinflussen einander stark, lassen sich jedoch grob voneinander abgrenzen. Während die Geopolitik die politische und strategische Auseinandersetzung zwischen Staaten behandelt, beschreibt die Geoökonomie die gezielte Nutzung wirtschaftlicher Instrumente zur Durchsetzung politischer Interessen auf internationaler Ebene.

Übersicht: Auswahl Geoökonomischer Maßnahmen

Handelsmaßnahmen	Finanzielle Maßnahmen	Sanktionen	Staatliche Subventionen & Investitionen	Technologische & regulatorische Maßnahmen
Zölle	Exportkreditgarantien	Export- & Importverbote	Subventionen & Beihilfen	Schutz von Technologien, Patenten & Wissen
Import- & Exportquoten	Währungsmanipulation	Sperrung / Einfrierung von Vermögen	Direktinvestitionen im In- & Ausland	Exportkontrollen (insb. auf Technologien & Rüstungsgüter)
Antidumpingmaßnahmen	Devisenmarktinterventionen	Ausschluss aus (internationalen) Handels- & Finanzsystemen	Investitionskontrollen	Umweltauflagen & Regulatorik
Handelsabkommen & -partnerschaften, Zollunionen, (regionale) Wirtschaftsintegration	Entwicklungshilfe & (internationale) Schuldenpolitik			Importstandards & Zertifikate
				Zugang zu Energie & Rohstoffen
				Überwachung & Spionage

Quelle: Eigene Darstellung

Auch das zunehmende wirtschaftliche und technologische Auseinanderdriften („**Decoupling**“) zwischen China und den westlichen Industrieländern zeigt sich in zunehmenden Exportkontrollen, etwa bei Technologien und Maschinen, die in der Baustoffproduktion verwendet werden.

Gleichzeitig droht der Konflikt um **seltene Erden** beziehungsweise Industriemetalle, die in einer Vielzahl an technischen Vorprodukten verwendet werden, zu eskalieren. China kontrolliert mehr als 50 Prozent der globalen Raffinierungskapazitäten und scheint bereit dazu, dieses annähernde Monopol als geopolitischen Hebel einzusetzen.

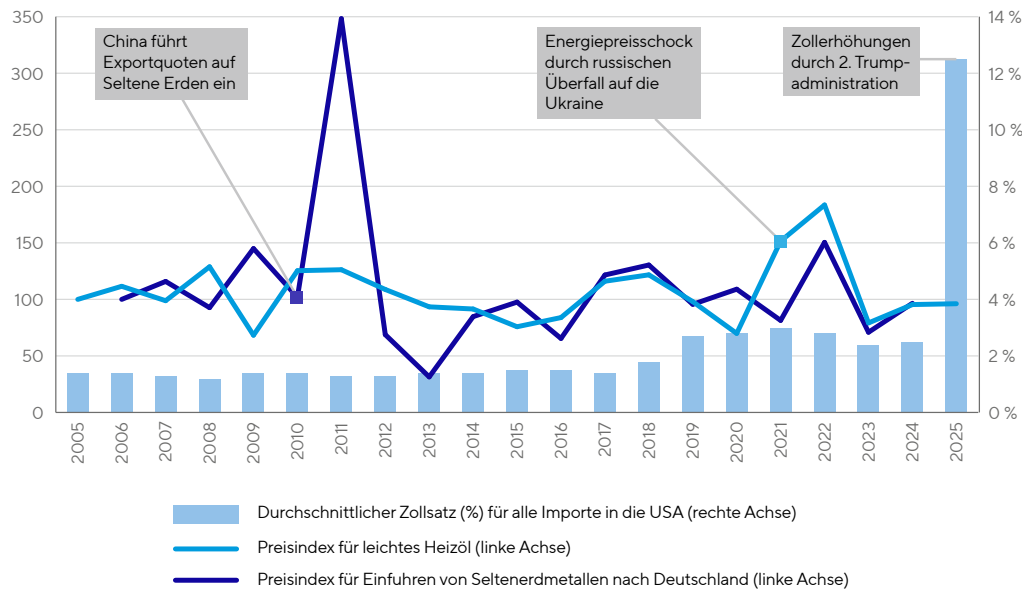
Neben den klassischen wirtschaftspolitischen Instrumenten werden auch Cyberangriffe zunehmend für geoökonomische Zwecke genutzt. So wird bei-

Decoupling bezeichnet die wirtschaftliche Entkopplung von Volkswirtschaften oder Wirtschaftsblöcken, oft aus politischen Gründen.

Seltene Erden sind Elemente, die für viele technologische Anwendungen unerlässlich sind. Der Großteil der weltweiten Produktion stammt aus China, wobei Vorkommen auch in anderen Regionen vermutet werden.

spielsweise die dem russischen Geheimdienst nahestehende Gruppe APT28 unter anderem für eine massive Cyberkampagne gegen deutsche Unternehmen aus den Bereichen Logistik, Rüstung, Luft- und Raumfahrt und IT-Dienstleistungen im Jahr 2024 verantwortlich gemacht.

Seltene Erden, Energiepreise, Zölle: Ausgewählte Geoökonomische Ereignisse seit 2005



Quellen: Statistisches Bundesamt, Tax Foundation, eigene Berechnungen

Diese Entwicklungen unterstreichen, wie wirtschaftspolitische Instrumente gezielt zur Erreichung geopolitischer Ziele eingesetzt werden und gleichzeitig realwirtschaftliche Sektoren wie die Bauindustrie tiefgreifend beeinflussen, auch wenn diese regional verankert ist und agiert. Die Weltwirtschaft befindet sich im Umbruch. Globale Wertschöpfungsketten geraten durch derartige geopolitische Konflikte, technologische Rivalitäten und wachsenden Protektionismus zunehmend unter Druck.

Für die Bauindustrie ergeben sich daraus erhebliche Herausforderungen. Ein tieferes Verständnis dieser Entwicklungen lässt sich durch eine Betrachtung der gesamtwirtschaftlichen Wirkungszusammenhänge gewinnen. Daher folgt im nächsten Kapitel eine makroökonomische Analyse der geoökonomischen Spannungen – bevor anschließend die spezifischen Herausforderungen der Bauwirtschaft im Detail dargestellt werden.

Dieses White Paper zeigt auf, welchen geoökonomischen Herausforderungen die Bauwirtschaft gegenübersteht und soll Grundlage für eine Diskussion um die branchenspezifische Betroffenheit und möglicher Auswege – basierend auf ordnungspolitischen Grundprinzipien wie marktwirtschaftlicher Steuerung, fairem Wettbewerb und funktionierender Preisbildung – sein. Ziel ist nicht, ein fertiges Instrumentarium zu entwickeln.

Vielmehr soll damit ein Anstoß für einen Diskurs gegeben werden, um die Resilienz der Branche gegenüber internationalen Risiken zu stärken und ihre Innovationskraft sowie Wettbewerbsfähigkeit aufrechtzuerhalten.

2. Volkswirtschaftliche Auswirkungen geoökonomischer Spannungen

Geoökonomische Verwerfungen wirken nicht nur auf Branchenebene, sondern haben zudem tiefgreifende makroökonomische Konsequenzen insgesamt. Für eine offene Volkswirtschaft wie Deutschland und besonders für konjunktursensible Sektoren wie die Bauwirtschaft lassen sich folgende zentrale Wirkungszusammenhänge beobachten:

- **Bruttoinlandsprodukt (BIP):** Politisch bedingte Unterbrechungen von Lieferketten, wie sie im Kontext der Russland-Sanktionen oder pandemiebedingten Grenzsicherungen auftraten, führen regelmäßig zu einem Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung. Nach Berechnungen des ifo-Instituts minderten geoökonomische Spannungen allein 2022 das reale BIP-Wachstum in Deutschland um bis zu einem Prozentpunkt
- **Investitionen:** Geoökonomische Unsicherheiten erhöhen das Investitionsrisiko. In der Folge kommt es in Teilen der (Bau-)Wirtschaft zu Investitionszurückhaltung, vor allem bei langfristigen Infrastrukturvorhaben und bei der Umstellung auf CO₂-arme Technologien. Dies wirkt sich negativ auf das gesamtwirtschaftliche Investitionsniveau und damit auf den gesamtwirtschaftlichen **Kapitalstock** aus.
- **Arbeitsmarkt:** Temporäre Nachfrageeinbrüche oder Projektverschiebungen können Beschäftigungseffekte haben, insbesondere in abhängigen Gewerken. Die Bundesagentur für Arbeit registrierte etwa im Zuge der Materialpreis- und Energieschocks 2022 einen Anstieg der Kurzarbeit im Bauhauptgewerbe um über 15 Prozent gegenüber dem Vorjahr.
- **Inflation und Wechselkurse:** Internationale Handelskonflikte und protektionistische (Gegen-)Maßnahmen wie Zölle oder Exportkontrollen führen zu höheren Importpreisen. Gerade energieintensive Branchen wie die Bauwirtschaft sind hiervon betroffen. Die resultierende Kosteninflation hat direkte Rückwirkungen auf Preisindizes im Bau sowie indirekte Effekte auf Miet- und Immobilienpreise.
- **Regionale Disparitäten:** Geoökonomische Risiken wirken asymmetrisch. Exportorientierte und rohstoffintensive Regionen, wie etwa Teile Ostdeutschlands mit traditionellen Handelsbeziehungen zu Russland, sind überproportional betroffen. Ohne gezielte Maßnahmen zur wirtschaftlichen Kompensation könnten sich bestehende regionale Ungleichgewichte vertiefen.

Kapitalstock ist der „Bestand an Sachkapital in einer Volkswirtschaft wie Fabrikgebäude, Maschinen oder technische Anlagen, die zu Produktionszwecken eingesetzt werden.“
(Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung)

Eine kluge ordnungspolitische Gestaltung – zum Beispiel über automatische Stabilisatoren, regional differenzierte Förderkulissen und (inter-)nationale Koordinierung – ist erforderlich, um diese makroökonomischen Risiken abzufedern und die volkswirtschaftliche Resilienz zu stärken.

3. Geoökonomische Herausforderungen für die Bauwirtschaft

3.1 Versorgungsrisiken und Lieferkettenfragilität

Die Bauwirtschaft ist auf eine Vielzahl mineralischer, technischer und industrieller Rohstoffe angewiesen. Viele dieser Stoffe – wie zum Beispiel Zement, Bitumen oder bestimmte Zuschlagstoffe – unterliegen geopolitischen Einflüssen. Sanktionen, Transportrestriktionen oder Produktionsausfälle führen regelmäßig zu Preisvolatilitäten und Lieferschwierigkeiten. Besonders kritisch ist die geringe Diversifikation bei manchen Rohstoffquellen. Gleichzeitig sind die Lagerkapazitäten vieler Unternehmen begrenzt, was die Anfälligkeit gegenüber externen Schocks erhöht. Auch digitale Rückstände im Bereich der Lieferkettensteuerung führen zu unnötigen Verzögerungen oder Ineffizienzen.

Ein zusätzlicher Faktor ist die zunehmende Bedeutung **nicht-tarifärer Handelshemmnisse**, etwa durch Umweltauflagen oder Normenvorgaben. Diese können – je nach Ausgestaltung – zu neuen Markteintrittsbarrieren führen und Investitionen in alternative Bezugsquellen erschweren.

„**Nicht-tarifäre Handelshemmnisse**“ ist ein Sammelbegriff für alle Handelsbeschränkungen abseits von Zöllen. Beispiele sind Import- und Exportquoten, Standards und Normen.

3.2 Energiepreise, Dekarbonisierung und Wettbewerbsfähigkeit

Die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern ist in der Baustoffindustrie besonders hoch. Die Herstellung von Zement, Kalk oder Stahl ist energieintensiv und produziert CO₂ in erheblichem Umfang. Geoökonomische Spannungen, wie zum Beispiel durch den Krieg in der Ukraine oder politische Sanktionen gegen Energieexporteure, haben die Energiepreise massiv erhöht. Für viele Unternehmen stellen die Kostensteigerungen eine ernsthafte Belastung dar.

Gleichzeitig steigt der politische Druck zur Dekarbonisierung. Klimaschutzgesetze, Emissionshandel und Nachhaltigkeitszertifizierungen erfordern technologische Umrüstungen und umfangreiche Investitionen. Förderpolitische Instrumente sind dabei oft nicht ausreichend differenziert oder überfordern kleinere Unternehmen. Zudem fehlen häufig langfristige Rahmenbedingungen, die Planungssicherheit bieten.

3.3 Politische Interventionen und internationale Wettbewerbsverzerrungen

Geoökonomische Maßnahmen wie Exportkontrollen, Industriepolitik und Subventionen verändern das internationale Wettbewerbsumfeld. Während einzelne Länder aktiv ihre Schlüsselindustrien schützen oder fördern, geraten Unternehmen in offenen Volkswirtschaften wie Deutschland zunehmend ins Hintertreffen. Für die Bauindustrie kann das eine ungleiche Behandlung etwa bei der Vergabe großer, internationaler Infrastrukturprojekte bedeuten.

Ein weiteres Beispiel ist die mit der protektionistischen Handelspolitik der Trump-Administration verbundenen Bevorzugung von in den USA produzierenden Unternehmen. Deren Standortentscheidungen zulasten Deutschlands führen folglich zu ausbleibenden (Bau-)Investitionen hierzulande. Zu nennen sind beispielsweise Heidelberg Materials, Volkswagen, Intel. Bereits der **Inflation Reduction Act** unter Präsident Biden entfaltete eine ähnliche Wirkung. Ebenso können Exportrestriktionen für Technologie oder Vorprodukte strategische Abhängigkeiten verschärfen. Hieraus ergibt sich ein wachsender Bedarf nach industriepolitisch reflektierten Antworten.

Der **Inflation Reduction Act (IRA)** ist ein Gesetz der USA, das 2022 verabschiedet wurde. Es zielte darauf ab, die Inflation zu bekämpfen, indem unter anderem Investitionen in erneuerbare Energien gefördert, die Gesundheitskosten gesenkt und die Steuerpolitik reformiert werden sollten.

3.4 Cyberangriffe

Die Potenziale der Digitalisierung für die Bauwirtschaft sind zweifelsfrei enorm. In Kombination mit zunehmenden geopolitischen und geoökonomischen Spannungen steigt allerdings auch das Risiko von staatlich gesteuerten Cyberangriffen.

Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) warnt wiederholt davor, dass staatlich gesteuerte Hacker gezielt deutsche Unternehmen, kritische Infrastrukturen und Verwaltungen angreifen – besonders in Krisenzeiten und bei geopolitischen Konflikten.

Durch solche Cyberangriffe sollen Wettbewerbsvorteile für die heimische Wirtschaft erlangt, internationale Wettbewerber geschwächt und politische Prozesse in anderen Ländern beeinflusst werden. Die Bauwirtschaft ist diesem Risiko besonders exponiert, da sie viele sensiblen Daten verarbeitet und an der Schnittstelle zwischen physischer und digitaler Infrastruktur operiert.

4. Strategische Handlungsfelder für eine resiliente Bauwirtschaft

4.1 Diversifikation und Regionalisierung von Beschaffung

Ein zentraler Baustein für mehr Unabhängigkeit ist die gezielte Diversifizierung von Bezugsquellen. Neben dem Aufbau alternativer Importströme gewinnt die Regionalisierung an Bedeutung – insbesondere durch **Nearshoring**- und **Friendshoring**-Strategien. Diese Ansätze setzen auf Lieferbeziehungen mit politisch stabilen und wirtschaftlich verlässlichen Partnerregionen. Hierzu bedarf es auch staatlicher Koordinierung, etwa durch Rohstoffpartnerschaften, Investitionsabsicherungen oder Technologiekooperationen.

Ebenso bieten regionale Materialkreisläufe – zum Beispiel durch den Ausbau von Recyclingkapazitäten und **Urban Mining** – das Potenzial, externe Abhängigkeiten zu reduzieren. Eine engere Vernetzung von Rohstoff-, Transport- und Bauunternehmen ist erforderlich, um Synergien zu heben und Kostenvorteile zu realisieren.

Friendshoring bezeichnet die Bevorzugung des internationalen Handels mit Ländern mit gemeinsamen Werten. Bei **Nearshoring** handelt es sich um die Verlagerung von betrieblichen Tätigkeiten in die unmittelbare geografische Umgebung.

Urban Mining ist die Rückgewinnung von Rohstoffen in urbanen Gebieten, beispielsweise aus Gebäuden und Infrastrukturen.

4.2 Energiepolitische Verlässlichkeit und technologieoffene Förderung

Damit Unternehmen dauerhaft in CO₂-arme Technologien investieren, braucht es belastbare, langfristig kalkulierbare Rahmenbedingungen in ökonomischer sowie politischer Hinsicht. Dazu gehören ein verlässlicher Zugang zu emissionsarmen Energieträgern (zum Beispiel grünem Wasserstoff), tragfähige Netzinfrastrukturen sowie eine technologieoffene Ausgestaltung der Förderung. Gerade mittelständische Betriebe benötigen Programme mit geringem bürokratischen Aufwand und investitionsfreundlichen Amortisationszeiträumen.

Flankierend sollten Ausschreibungsverfahren stärker ökologische Kriterien einbinden, ohne wirtschaftliche Machbarkeit zu gefährden. Ein vielversprechender Ansatz ist die Einführung eines **CO₂-Schattenpreises** in der öffentlichen Auftragsvergabe. Damit können bei der Bewertung von Angeboten nicht nur monetäre Kosten, sondern auch die Klimawirkung von Bauverfahren oder Materialien berücksichtigt werden. Die Transformation im Bauwesen und somit deren Abhängigkeit kann so gestärkt werden.

Der **CO₂-Schattenpreis** ist ein Instrument zur Berücksichtigung von Umweltauswirkungen bei öffentlichen Ausschreibungen. Neben dem Angebotspreis fließt die voraussichtlich ausgestoßene Menge von CO₂ teilweise in den Wertungspreis ein.

4.3 Effiziente und flexible staatliche Strukturen

Für die Bauwirtschaft ist neben verlässlichen Rahmenbedingungen auch die Funktionsfähigkeit staatlicher Strukturen von zentraler Bedeutung. Ein entscheidender Faktor ist die konsequente Digitalisierung der Verwaltung, die Genehmigungs- und Vergabeverfahren beschleunigt und dadurch Zeit und Kosten einspart.

Ebenso wichtig ist der Abbau übermäßiger Regulatorik: Klare Vorgaben, eindeutige Zuständigkeiten und transparente Standards schaffen Planungssicherheit und verringern die Belastungen für die Unternehmen.

Darüber hinaus benötigen die staatlichen Institutionen selbst eine starke Ausstattung und hohe Kompetenz. Nur wenn Behörden personell und organisatorisch leistungsfähig sind, können sie in Krisensituationen schnell reagieren und industriepolitische Maßnahmen wirksam umsetzen. Eine effiziente, digitale und serviceorientierte Verwaltung erhöht damit nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit der Bauwirtschaft, sondern stärkt auch ihre Fähigkeit, erfolgreich auf geoökonomische Schocks zu reagieren.

4.4 Ordnungsrahmen für geopolitische Eingriffe und Fairness im Wettbewerb

Ein robuster ordnungspolitischer Rahmen ist essenziell, um die Auswirkungen geoökonomischer Eingriffe abzufedern. Dazu zählt die faire Ausgestaltung von Ausschreibungen, die kleinen, mittelständischen und großen Anbietern eine Chance auf Beteiligung bietet. Gleichzeitig braucht es einen klaren rechtlichen Rahmen für staatliche Interventionsmöglichkeiten in Krisenzeiten – etwa bei der Rohstoffverteilung.

Darüber hinaus ist eine gezielte Repräsentanz der Bauindustrie in außenwirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Gremien notwendig, um die branchenspezifische Perspektive in geopolitische Strategien einzubringen. Auch die internationale Zusammenarbeit – zum Beispiel mit der EU oder multilateralen Institutionen – sollte stärker auf den Schutz wirtschaftlicher Infrastrukturen ausgerichtet werden.

4.5 Cybersicherheit

Ein Verständnis über das zunehmende Risiko von geoökonomisch motivierten Cyberangriffen ist Voraussetzung dafür, dass Unternehmen und die öffentliche Verwaltung in die digitale Absicherung investieren. Die Bauwirtschaft kann die enormen Potenziale von digitalen Anwendungen wie dem Building Information Modelling (BIM), Cloud-Diensten oder der Künstlichen Intelligenz (KI) nur dann voll ausschöpfen, wenn ihre Daten und Systeme vor Angriffen und Manipulation geschützt sind.

Die Verantwortung für einen Schutz vor Cyberangriffen liegt sowohl bei den einzelnen Unternehmen und ihren Mitarbeitenden als auch in der Politik und Verwaltung. So wie der Schutz des Territoriums und der physischen Infrastruktur mittlerweile zunehmend ganzheitlich betrachtet wird, muss auch der digitale Kapitalstock geschützt werden.

5. Besondere Herausforderungen für die ostdeutsche Bauindustrie

Die ostdeutsche Bauindustrie steht im geoökonomischen Kontext vor besonderen Herausforderungen:

- **Strukturelle Standortnachteile:** Viele Bauunternehmen in Ostdeutschland verfügen über einen geringeren Kapitalstock, eine kleinteiligere Eigentümerstruktur und längere Wege zu zentralen Absatz- oder Logistikzentren. Laut einer Untersuchung des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) von 2023 liegt die durchschnittliche Investitionsquote in Ostdeutschland unter dem westdeutschen Niveau. Zudem bestehen infrastrukturelle Engpässe – insbesondere im Schienen- und Breitbandausbau –, die die Standortattraktivität zusätzlich mindern.
- **Transformationsfolgen:** Die Nachwirkungen der deutschen Wiedervereinigung wirken fort – in Form von Investitionsrückständen, Fachkräftengpässen oder geringerer Innovationsdichte. Der Bundesbericht Forschung und Innovation des Bundesministeriums für Bildung und Forschung belegt 2022 beispielsweise eine niedrigere Dichte forschungsintensiver kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) in Ostdeutschland, was auch die Bauwirtschaft betrifft.
- **Ungleichgewicht bei Förderprogrammen:** Bestehende Programme adressieren häufig nicht die spezifischen Bedürfnisse ostdeutscher Bauunternehmen oder setzen Schwellenwerte nicht passgenau an. Der Ostbeauftragte der Bundesregierung hat wiederholt auf die Notwendigkeit regional differenzierter Fördersysteme hingewiesen. Hier ist ein Ansatzpunkt für landespolitische Aktivitäten gegeben.
- **Strukturelle Asymmetrien:** Außenwirtschaftliche Sanktionen und neue Handelsregime treffen die stark von internationalen Rohstoff- und Energiemärkten abhängigen ostdeutschen Betriebe oft überproportional, etwa in der Maschinenbau- oder Zulieferindustrie.

Ein besonders eindrückliches Beispiel für die geoökonomischen Auswirkungen auf die ostdeutsche Bauindustrie ist die Situation rund um die Raffinerie PCK Schwedt, die eine Schlüsselrolle in der Energieversorgung der Metropolregion Berlin-Brandenburg spielt. Aufgrund des EU-Embargos auf russisches Pipelinoöl und der politischen Entscheidungen zur Versorgungssicherheit kam es zu massiven Versorgungsengpässen. Diese betrafen nicht nur die Kraftstoffversorgung, sondern insbesondere auch die Bereitstellung von Bitumen – einem zentralen Rohstoff für den Straßenbau. Die Folge waren deutliche Preissteigerungen und Engpässe bei Infrastrukturprojekten, was die ohnehin angespannte Lage im ostdeutschen Verkehrswegebau weiter verschärfte.

6. Handlungsempfehlungen

- **Rohstoffpartnerschaften mit strategischen Lieferländern intensivieren:** Der Aufbau langfristiger und resilienter Partnerschaften mit stabilen und politisch verlässlichen Lieferländern – etwa in Europa, Nordafrika oder Nordamerika – sollte eine hohe Priorität erhalten. Staatliche Absicherungen über Hermesdeckungen oder Rohstoffagenturen können helfen, neue Bezugsquellen zu erschließen und zu stabilisieren.
- **Kreislaufwirtschaft und Recyclingstrukturen stärken:** Der Aufbau regionaler Stoffkreisläufe – insbesondere durch Urban Mining, Baustoffrecycling und Sekundärrohstoffmärkte – erhöht die Unabhängigkeit von internationalen Lieferketten sowie fossilen Energieträgern. Förderprogramme sollten gezielt kleine und mittlere Betriebe einbeziehen, um auch in strukturschwächeren Regionen Investitionen in zirkuläre Produktionsformen zu ermöglichen.
- **Technologieoffene Förderung klimaneutraler Produktion sichern:** Eine resiliente Dekarbonisierungsstrategie muss technologieoffen ausgestaltet sein. Es braucht eine Vielfalt möglicher technischer Lösungen (z. B. Elektrifizierung, Wasserstoff, Biomasse), die nicht durch regulatorische Vorfestlegungen eingeengt werden.
- **Ausschreibungsverfahren für alle Geschäftsmodelle ermöglichen:** Öffentliche Vergabeverfahren müssen so gestaltet werden, dass kleine, mittelständische und große Unternehmen chancengleich teilnehmen können. Dazu zählen Losaufteilung, realistische Qualifikationsanforderungen und transparente Kriterien.
- **Bauwirtschaft in geopolitische und außenwirtschaftliche Strategien integrieren:** Die Bau- und Baustoffindustrie sollte frühzeitig in die Erarbeitung außenwirtschaftlicher Strategien und Sanktionsfolgenabschätzungen eingebunden werden. Ein permanenter Dialog mit für die Bauwirtschaft relevanten Ministerien und Behörden ist hierfür essenziell.
- **Landesstrategien zur Abfederung geoökonomischer Risiken (weiter-)entwickeln:** Die Landesregierungen der ostdeutschen Bundesländer sollten ein besonderes Interesse an einer industriellen Krisenresilienz haben, aufgrund der beschriebenen besonderen Herausforderungen des Ostens. Sie sollten sich gegenüber dem Bund, im Bundesrat und in Brüssel für die industriepolitischen Besonderheiten und Interessen ihrer Region einsetzen.
- **Cybersicherheit und digitale Souveränität stärken:** Unternehmen und die öffentliche Verwaltung müssen jeweils in die technische Absicherung und in die Sensibilisierung ihrer Mitarbeitenden investieren. Bei allen Potenzialen von digitalen Entwicklungen müssen gleichzeitig deren mögliche Auswirkungen auf Cyberrisiken vorausschauend analysiert werden.



7. Ausblick: Resilienz als Zukunftsstrategie

Die Bauwirtschaft steht inmitten eines fundamentalen Strukturwandels. Geoökonomische Spannungen und internationale Krisen zwingen die Branche zu einer strategischen Neuorientierung. Gleichzeitig bietet der Wandel auch Chancen: für regionale Wertschöpfung, technologische Erneuerung und eine resilientere Wirtschaftsstruktur.

Ein ordnungspolitischer Rahmen, der marktliche Dynamiken erhält und zugleich die Verwundbarkeit strategischer Sektoren reduziert, ist dafür unverzichtbar. Die Bauindustrie kann dabei zu einem Vorreiter für nachhaltige Resilienz in globalisierten Märkten werden – wenn politische Rahmenbedingungen und wirtschaftliche Verantwortung Hand in Hand gehen.

Quellenverzeichnis

Align Manufacturing Blog (2024): Friend Shoring, Near Shoring and Other Buzzwords.

Baldwin, David A. (1985): Economic Statecraft.

Bauindustrieverband Ost (2025): Bau im Blick: Wie internationale Spannungen die Branche in Ostdeutschland herausfordern, 03/2025, Potsdam.

Bernstein, Martin et al. (2024): Economic Insecurity: Trade Dependencies and their Weaponization in History, Kiel Institute.

Blackwill, Robert D. / Harris, Jennifer M. (2016): War by Other Means – Geoeconomics and Statecraft.

Braunberger, Gerald (2025): „Donald Trump und die Zölle: Krieg mit anderen Mitteln“, in: FAZ, 31.07.2025.

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (2022): Bundesbericht Forschung und Innovation 2022, Berlin.

Duden Wirtschaft von A bis Z: Grundlagenwissen für Schule und Studium, Beruf und Alltag. 6. Aufl. Mannheim: Bibliographisches Institut 2016. Lizenzausgabe Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2016.

Glunz, Andreas; KPMG. (13. Februar 2023). Ist Decoupling das Ende der Globalisierung? 3 Fragen und Antworten. Von <https://klardenker.kpmg.de/ist-decoupling-das-ende-der-globalisierung-3-fragen-und-antworten/> abgerufen.

Hirschman, Albert O. (1945): National Power and the Structure of Foreign Trade.

IDE Discussion Paper No. 973 (2025): Friend- and Near-Shoring in Times of Global Tensions.

ifo Institut (2023): Konjunkturprognose Sommer 2023: Auswirkungen geopolitischer Risiken auf das deutsche BIP, ifo Schnelldienst 7/2023.

IWH Halle (2023): Regionale Investitionsunterschiede und Standortnachteile in Ostdeutschland, IWH-Publikation.

KPMG Law et al. (2023): Klimaverträglich Bauen mit einem Schattenpreis für CO₂-Emissionen. Impulspapier.

Liu, Ernest / Yang, David Y. (2024): International Power, Working Paper.

MIGA/World Bank (2024): Friend-Shoring and Near-Shoring Are Reshaping Global Investments.

Mohr, Catrin / Trebesch, Christoph (2024): Geoeconomics. CEPR/Kiel Institute.

Schneider-Petsinger, Marianne. 2020. Geoeconomics explained. <https://www.chathamhouse.org/2016/12/geoeconomics-explained>.

SWP (2022): Die neue Geopolitik der Lieferketten, SWP Comment 45/2022.

York, E. & Durante, A. (2025, 1. Dezember). Trump Tariffs: Tracking the Economic Impact of the Trump Trade War. Tax Foundation. <https://taxfoundation.org/research/all/federal/trump-tariffs-trade-war/>

Zukunftsinstitut (2023): Friendshoring & Nearshoring.



IMPRESSUM

WHITE PAPER 2025

Geoökonomie und Bauwirtschaft

1. Ausgabe | Stand Januar 2026

Herausgeber: **Bauindustrieverband Ost e.V.**
Karl-Marx-Straße 27, 14482 Potsdam
T: 0331 74 46-0
F: 0331 74 46-166
E-Mail: info@bauindustrie-ost.de
www.bauindustrie-ost.de

**Verfasser und
Gesamtredaktion:** Dr. Robert Momberg
Hauptgeschäftsführer

**Redaktionelle
Mitarbeit:** Maurits Schulze
Referent Strategie und Koordination

Layout / Satz: markenzoo eG, 2026

Fotonachweis: *Titel*
© PORR

BAU > INDUSTRIE
Ost

> **WHITE
PAPER**
2026

bauindustrie-ost.de